



Immaterielles Kulturerbe jetzt mit Regierungsautorität

Immaterielles Kulturerbe jetzt mit Regierungsautorität
UNESCO-Konvention ratifiziert
Am heutigen Mittwoch hat das Bundeskabinett den Beitritt Deutschlands zum UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes beschlossen. Dazu erklärt der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Börnsen (Bönstrup):
"Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt den Beschluss des Bundeskabinetts über die Ratifizierung der UNESCO-Konvention zum immateriellen Kulturerbe. Endlich kann auch Deutschland seine Kulturtraditionen noch wirkungsvoller schützen und ihnen weltweite Anerkennung verschaffen. Bereits 148 Staaten sind diesem Abkommen beigetreten.
Nicht nur unsere historischen Altstädte, Schlösser und Parkanlagen machen unsere Kultur aus. Auch Volkslieder oder Märchen, unsere Jahrmarktskultur oder das deutsche Brot gehören zu unserem kulturellen Erbe. Das alles kann Deutschland nach dem Beitritt ebenso wie seine Bräuche, Minderheitensprachen oder Handwerkstechniken für die Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit vorschlagen.
Die CDU/CSU-Fraktion empfindet es als Verpflichtung, zur Pflege und Bewahrung kultureller Ausdrucksformen beizutragen. Gleichzeitig verstehen wir einen deutschen Beitritt auch als eine Verbeugung vor dem kulturellen Reichtum der Länder in Afrika, Australien und Asien, die nicht über materielles Kulturerbe, also Denkmäler oder Welterbestätten, wie wir Europäer verfügen.
Es ist erfreulich, dass alle Verantwortlichen in Deutschland an einem Strang gezogen haben. Nachdem der Deutsche Bundestag auf Initiative der Unionsfraktion die Bundesregierung im Sommer 2011 zur Ratifizierung der Konvention aufgefordert hatte, haben das Auswärtige Amt, der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und die Kultusministerkonferenz beispielgebend zusammengearbeitet."
Hintergrund:
Das Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes wurde 2003 von der UNESCO verabschiedet. Auf der "Repräsentativen Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit" stehen derzeit 232 kulturelle Ausdrucksformen aus mehr als 80 Ländern, u.a. der argentinische Tango oder die Springprozessionen in Echternach.
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
<http://www.cducsu.de>


Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.